

Begegnung und Barrierefreiheit

Zusammenfassung des wissenschaftlichen Zwischenberichts
zur Initiative Kommune Inklusiv

DAS WIR GEWINNT

**Aktion
Mensch**

**KURZ-
VERSION**

Vorbemerkungen

Die Modellinitiative Kommune Inklusiv möchte mehr Teilhabemöglichkeiten in den Sozialräumen Erlangen, Rostock, Schneverdingen, Schwäbisch Gmünd und der Verbandsgemeinde Nieder-Olm schaffen. Gemeinsam mit den dortigen Bürger*innen geht die Aktion Mensch seit Projektbeginn der Frage nach, wie sich Inklusionsarbeit effektiv, partizipativ und allem voran lokal gestalten lässt. Als Modellansatz zielt Kommune Inklusiv aber ebenso darauf ab, mit positivem Beispiel voranzugehen und Inklusion bundesweit zu stärken. Um beides gleichermaßen zu erreichen, ist es nötig, die während der Initiative gemachten Schritte, Erfahrungen und durchgeführten Maßnahmen genau zu erfassen und auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen. Dafür ist eine objektive Instanz von außen nötig: die Begleitforschung.

Die wissenschaftliche Begleitung bildet neben Förderung, Professionalisierung, Prozessbegleitung und Wissenstransfer eine der fünf Säulen der Initiative Kommune Inklusiv. Um für mehr Inklusion zu sorgen, wird vor Ort an vielen Stellschrauben gedreht. So hat jede Modellkommune konkrete Zielgruppen definiert, deren Teilhabe sie durch verschiedene Angebote verbessern möchte. Übertragbarkeit steht dabei im Mittelpunkt: Mit dem Wissen, wie die Maßnahmen auf die definierten Zielgruppen wirken, sollen später weitere Zielgruppen in den Blick genommen und der Inklusionsprozess auf möglichst alle Menschen im Sozialraum ausgeweitet werden. Dieses Wissen greifbar und anwendbar zu machen, erfordert jedoch eine konstante systematische Aufzeichnung und Untersuchung des lokalen Vorgehens. Eben diese Aufgabe fällt der Begleitforschung zu.

Inhalt



1. Rolle der Begleitforschung innerhalb von Kommune Inklusiv und deren Relevanz	4
<hr/>	
2. Ergebnisse	6
2.1 Maßnahmenevaluation – Ebene 1	6
2.2 Sozialraumanalyse – Ebene 2	9
2.3 Einzelfallauswertung – Ebene 3	11
2.4 Bundesweite Inklusionsbefragung	13
<hr/>	
3. Abschließende Einordnung	15
<hr/>	
4. Ausblick	17
<hr/>	
5. Weiterführende Informationen	17
<hr/>	

1. Rolle der Begleitforschung innerhalb von Kommune Inklusiv und deren Relevanz

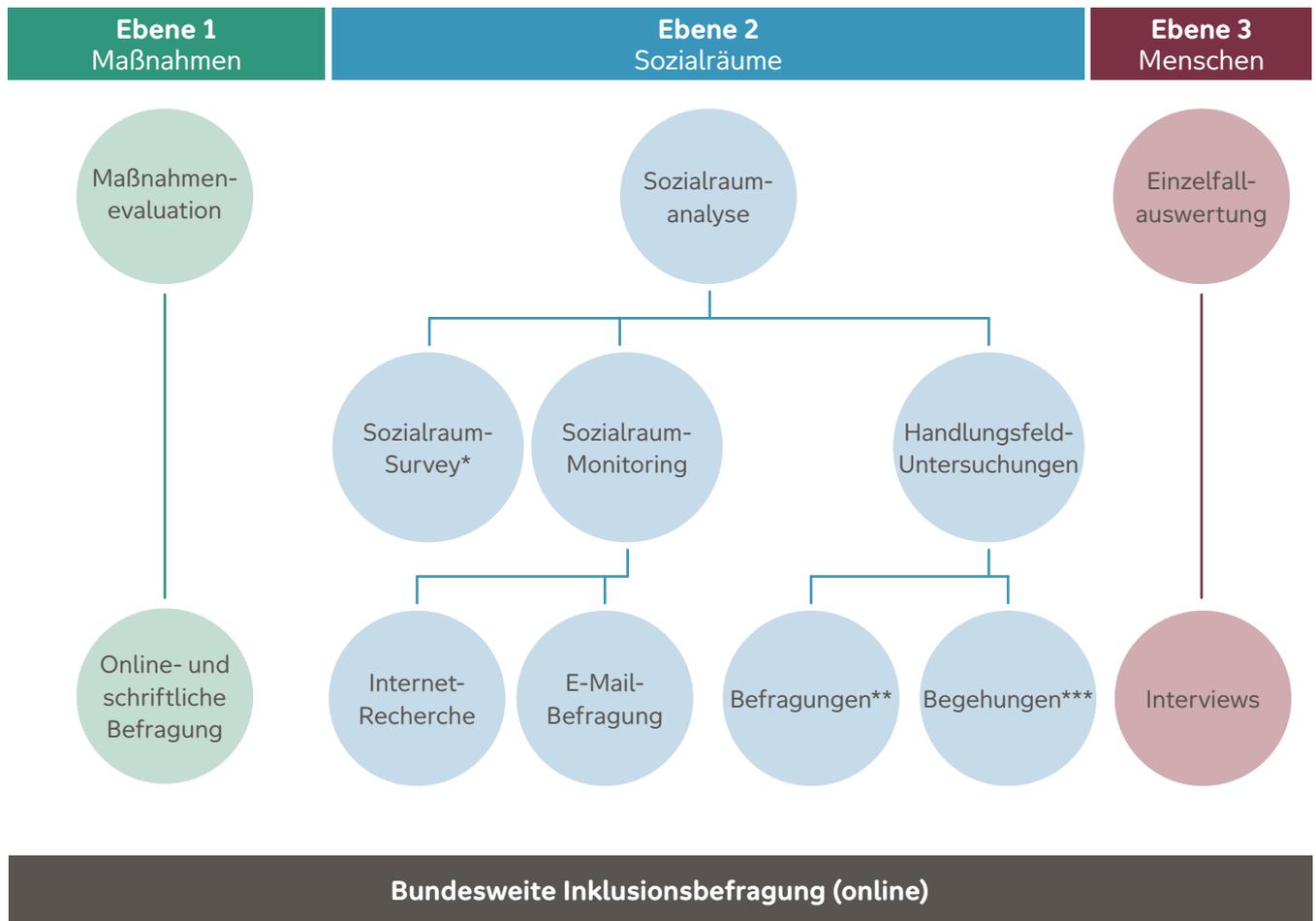
Kommune Inklusiv wird vom Institut für Sonderpädagogik der Goethe-Universität Frankfurt am Main und vom Institut für Erziehungswissenschaften der Philipps-Universität Marburg erforscht. Die beteiligten Wissenschaftler*innen erfassen den inklusiven „Zustand“ der Sozialräume und zeichnen von diesem ausgehend Veränderungen nach, die über den Projektzeitraum (2017–2022) entstehen. Das übergeordnete Ziel der Begleitforschung besteht also in einer Wirkungsmessung: Sie untersucht, was sich vor Ort in Sachen Teilhabe tut, und zeigt Schwierigkeiten wie Fortschritte auf.

Das Vorgehen ist dabei auf dreierlei Weise besonders: Erstens fließen schon während des Forschungsprozesses etwaige Erkenntnisse in die Inklusionsarbeit der Kommunen zurück. So ist es möglich, neue Ideen direkt auszuprobieren und Maßnahmen praktisch vor Ort weiterzuentwickeln. Zweitens stellt eine Dokumentation sicher, dass die Modellkommunen über die Initiative hinaus von ihren Ergebnissen profitieren und Inklusion weiter fördern können. Einzigartig und im Sinne der Initiative ist drittens das Forschen selbst: Um Menschen mit Lernschwierigkeiten und anderen Bedarfen in die Untersuchungen mit einzubinden, sind einige der Befragungen in Leichter Sprache formuliert.

Die Forscher*innen arbeiten auf drei Ebenen: Sie untersuchen erstens die Maßnahmen, die die Modellkommunen für mehr Inklusion durchführen. Auf einer zweiten Ebene nehmen sie punktuelle Analysen in den Sozialräumen vor, wobei diese Analysen komplex sind und verschiedene Methoden kombinieren. Die Menschen stehen im Interesse der dritten Forschungsebene. Hier befragen die Wissenschaftler*innen vor Ort jene, die von Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind.

Die grünen, blauen und roten Untersuchungen in der Grafik rechts finden ausschließlich in den Modellkommunen statt. Das heißt, sie beziehen die dort lebenden Menschen mit ein. Zusätzlich hat die Begleitforschung unter dem Titel „Einstellung(en) zu Inklusion“ online eine deutschlandweite Inklusionsbefragung durchgeführt. Sie bildet einen Referenzrahmen für die anderen Erhebungen, hilft also dabei, die Ergebnisse aus den Modellkommunen besser einordnen und mit den Trends im ganzen Land vergleichen zu können.

Forschungsdesign zur Untersuchung der Initiative Kommune Inklusiv



*Haushaltsbefragung; **Handlungsfelder: Arbeit, Bildung, Freizeit; *** Handlungsfelder: Wohnen, Mobilität / Barrierefreiheit

2. Ergebnisse

2.1 Maßnahmenevaluation Ebene 1

Die Teilnehmer*innen geben sehr positive Rückmeldung zu den Maßnahmen, die in den Modellkommunen zur Förderung von Inklusion durchgeführt werden, etwa ein Generationen-Treff oder ein Vortrag über psychische Erkrankungen. Dies lässt sich als Indiz dafür nehmen, dass die Sozialraumbewohner*innen die bisherigen Angebote begrüßen. Es lässt sich allerdings (noch) nicht sagen, inwiefern dies der Meinung aller entspricht. Dafür braucht es mehr beantwortete Fragebögen durch die breite Bevölkerung. Bislang hat die Wissenschaft vor allem Menschen erreicht, die dem Thema Inklusion ohnehin verbunden sind.

Während das Säulendiagramm rechts das Antwortverhalten auf drei allgemeine Fragen illustriert, zeigt die Tabelle unten ein beispielhaftes Ergebnis maßnahmenspezifischer Fragen. Konkret wurden die Menschen hier zu den Beratungs-, Informations- und Aufklärungsangeboten bei sich vor Ort befragt. Die verschiedenen Angebote sind in der Tabelle jeweils mit einem Code abgekürzt.

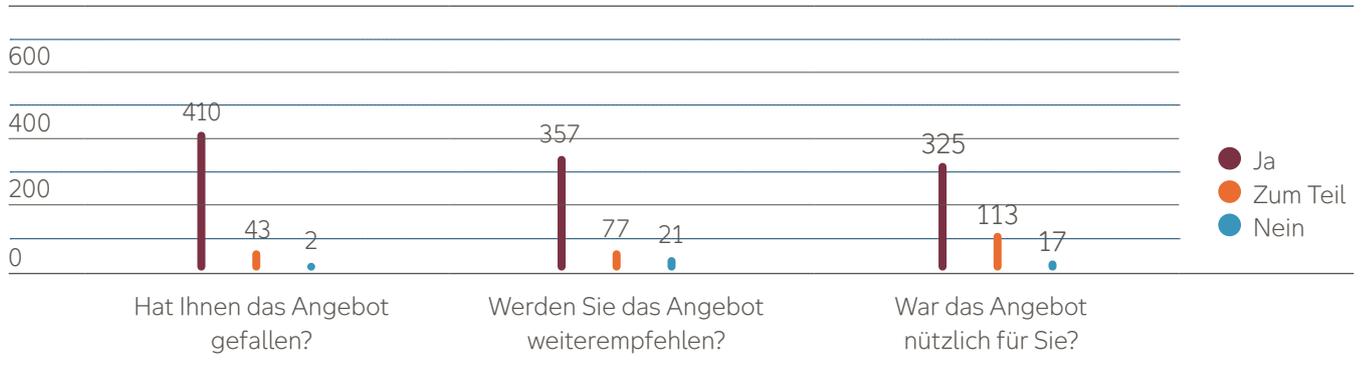
Es wird deutlich, dass die Teilnehmenden den **Nutzen** der Angebote verglichen mit dem **Gefallen** ambivalent zu sehen scheinen. Dies könnte darauf hindeuten, dass sie bereits die bloße Tatsache, dass vor Ort etwas Inklusionsbezogenes passiert, freudig aufnehmen – unabhängig vom jeweiligen Nutzen. Insgesamt lässt sich dies als Zuspruch für die Initiative jenseits der Einzelmaßnahmen sehen.

Auf Seite 8 werden beispielhaft einige Antworten auf ausgewählte offene Fragen abgebildet. Diese freien Antworten haben als direkte Rückmeldungen aus den Kommunen einen besonderen Wert. Denn mit ihnen lassen sich die lokalen Maßnahmen weiter planen.

Antwortverhalten auf zwei ausgewählte maßnahmenspezifische Fragen zum Maßnahmentyp „Allgemeine Beratung, Information, Aufklärung“ in den Modellkommunen

		E-03	E-04	E-10	E-12	E-14	E-15	E-16	NO-01	NO-17	R-01	R-04	SV-02
Gefallen?	-	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
	/	0	0	1	3	0	0	7	1	1	2	0	0
	+	11	14	4	11	7	9	5	10	2	10	12	4
Nützlich?	-	0	0	0	1	0	0	3	1	0	0	0	0
	/	1	2	1	5	0	2	6	2	2	2	0	1
	+	10	12	4	8	7	7	4	8	1	10	12	3

Antwortverhalten auf ausgewählte allgemein vergleichbare Fragen



SV-13	SV-17	SG-02	SG-03	SG-05	SG-07	SG-10	SG-11	Gesamt	E Gesamt	NO Gesamt	R Gesamt	SV Gesamt	SG Gesamt
0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
0	0	0	0	1	0	0	1	17	11	2	2	0	2
2	1	8	4	2	4	14	1	135	61	12	22	7	32
0	0	0	0	0	0	0	0	5	4	1	0	0	0
2	0	2	0	0	2	1	1	32	17	4	2	3	6
0	1	6	4	3	2	13	1	116	52	9	22	4	29

Ausgewählte Antworten auf ausgewählte offene Fragen

Erlangen

Welche Angebote sollte es sonst noch geben?

Schnittstellen zwischen Jung und Alt oder Menschen ohne und mit Behinderung

Was muss im Sozialraum verändert werden?

In der Bevölkerung noch mehr Informationen streuen und mehr Räumlichkeiten für Begegnungen schaffen

Verbandsgemeinde Nieder-Olm

Welche Angebote sollte es sonst noch geben?

Die Menschen wünschen sich beim Einkaufen mehr Barrierefreiheit. Bäcker, Metzger usw.

Was muss im Sozialraum verändert werden?

Demenzkranke möchten mehr Beschäftigung und auch kleine Spaziergänge. Flüchtlinge sicherlich Hilfe in der Stadt

Rostock

Welche Angebote sollte es sonst noch geben?

Sich direkt an bilinguale Kinder richten, gezielte Schulung für Eltern bilingualer Kinder

Was muss im Sozialraum verändert werden?

Einzelbetreuung für Personen, die sie brauchen

Schneverdingen

Welche Angebote sollte es sonst noch geben?

Info über Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung

Was muss im Sozialraum verändert werden?

Die Bereitschaft in den Unternehmen

Schwäbisch Gmünd

Welche Angebote sollte es sonst noch geben?

Freizeitangebote, Kommunikationsseminare

Was muss im Sozialraum verändert werden?

Noch mehr Offenheit, Kontaktfreude, keine Berührungängste Barrierefreiheit (auch geistige)

2.2 Sozialraumanalyse

Ebene 2

Sozialraum-Survey

Der Sozialraum-Survey ist ein Online-Fragebogen, der in drei Versionen im Umlauf war. Zuletzt wurde er von Dezember 2019 bis März 2020 durch ein externes Marktforschungsinstitut als Haushaltsbefragung gestreut. Nachfolgend finden Sie die Ergebnisse zur offenen Aussage „Das könnte meine Kommune bei der Umsetzung von Inklusion verbessern“ aus der ersten Fragebogen-Version von 2018.

Die Bewohner*innen der Sozialräume sind sich einig darin, dass für sie das Thema Barrierefreiheit eine hohe Priorität hat. Je nach Kommune kristallisieren sich weitere, teils unterschiedliche Anliegen heraus. So bezieht sich in **Erlangen** ein Großteil der Antworten zwar auf Barrierefreiheit, meist allerdings mit Fokus auf Gehörlose oder Hörbeeinträchtigte. Viele Menschen wünschen sich auch mehr Information über und Sensibilisierung für Inklusion. Die Befragten aus der **Verbandsgemeinde Nieder-Olm** äußern sich ebenfalls vermehrt zu Barrierefreiheit. In **Rostock** sind sich die Bürger*innen abermals einig, dass ihre Kommune mehr für Barrierefreiheit tun könnte. Zudem wünschen sie sich bessere finanzielle Unterstützungen im Bereich Inklusion sowie mehr Veranstaltungen und Begegnungsmöglichkeiten im Freizeitbereich. Dies geht einher mit dem generellen Wunsch nach mehr Angeboten. Nicht zuletzt sprechen sich die Rostocker*innen für eine Sensibilisierung aus. Die Menschen in **Schneverdingen** und **Schwäbisch Gmünd** gehen wiederum vor allem auf das Thema Barrierefreiheit ein. Letztere messen dem Handlungsfeld Arbeit eine weitere hohe Wichtigkeit bei, ebenso herrscht ein Wunsch nach mehr Sensibilisierung.

Sozialraum-Monitoring

Die Wissenschaftler*innen prüfen durchgängig die barrierefreie Zugänglichkeit von Veranstaltungen in den Sozialräumen. Fast drei Viertel aller 161 bisher untersuchten Veranstaltungen weisen online keine Informationen hierzu aus (71,5 Prozent). So ist es bei der Mehrheit der untersuchten Veranstaltungen in Schneverdingen, der Verbandsgemeinde Nieder-Olm und Schwäbisch Gmünd (82,8 Prozent, 82,1 Prozent und 79,3 Prozent). Dahingegen betrifft es in Erlangen und Rostock jeweils „nur“ 62 Prozent beziehungsweise rund die Hälfte. Die größeren Sozialräume scheinen bei ihren Auskünften über Barrierefreiheit also etwas

weiter als die kleineren zu sein. Im Bereich Mobilität gibt es am häufigsten Informationen: Sozialraumübergreifend informieren online 26,4 Prozent der Veranstalter*innen über mobilitätsbezogene Barrierefreiheit. In den Dimensionen Hören (8,1 Prozent), Sehen (5,7 Prozent), Fremdsprache Englisch (5,2 Prozent) und Lesen/Verstehen (2,3 Prozent) lagen seltener Informationen vor.

Tatsächlich barrierefrei sind im Bereich Mobilität mit 54,7 Prozent deutlich mehr Veranstaltungen als in den anderen Dimensionen. Es fällt auf, dass die Verbandsgemeinde Nieder-Olm den anderen Kommunen im Bereich Sehen ein wenig voraus zu sein scheint. Hier können 4,2 Prozent der untersuchten Veranstaltungen als visuell barrierefrei verzeichnet werden, wobei auch dieser Anteil gering ist. Im Bereich Hören gestalten sich Veranstaltungen nirgendwo umfassend barrierefrei. Barrierefrei in der Dimension Lesen/Verstehen sind durchschnittlich 13,5 Prozent aller untersuchten Veranstaltungen, im Bereich der Fremdsprache Englisch durchschnittlich 5,5 Prozent.

Handlungsfeld-Untersuchungen

Um Teilhabebarrrieren und -möglichkeiten zu erschließen und Veränderungen nachzuzeichnen, untersucht die Wissenschaft außerdem in allen Sozialräumen die Handlungsfelder Arbeit, Freizeit, Bildung, Wohnen und das Querschnittsthema Barrierefreiheit.

Der Anteil der Menschen, der **Kolleg*innen mit Behinderungen** hat, liegt durchschnittlich bei 29 Prozent. Der Anteil in Schneverdingen fällt mit 5,9 Prozent am geringsten aus, in Rostock und Schwäbisch Gmünd mit 48,8 Prozent und 42,9 Prozent am höchsten. In Rostock und Schwäbisch Gmünd arbeiten 34,1 Prozent und 28,6 Prozent der dort Befragten mit Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zusammen. Auch insgesamt zeigt sich, dass vor allem Menschen mit Mobilitätseinschränkungen mit den Interviewten den Arbeitsplatz teilen. Deutlich seltener gilt dies für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Kolleg*innen mit Fluchtmigrationshintergrund haben sozialraumübergreifend 19,4 Prozent der Befragten.

Menschen mit Demenz machen bei 14 Prozent aller untersuchten **Freizeitangebote** mit, Menschen mit Fluchtmigrationshintergrund bei 35,1 Prozent und Menschen mit Behinderung schließlich mit 53,6 Prozent bei über der Hälfte. Dabei bestehen in Bezug auf die Behinderungsart teils Unterschiede in der Teilhabe. Es überwiegt auch hier der Bereich Mobilität

deutlich die Bereiche Sehen, Hören und Lernschwierigkeiten. Den geringsten Anteil haben im Handlungsfeld Freizeit hör- und sehbehinderte Menschen (16,1 Prozent und 15,3 Prozent). Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung besuchen die untersuchten Freizeitaktivitäten am häufigsten. Dem folgen Menschen mit Lernschwierigkeiten.

Die Ergebnisse zu Freizeit und Arbeit lassen sich außerdem anhand der Haltung gegenüber einer möglichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Fluchtmigrationshintergrund und Demenz analysieren. Die beiden folgenden Grafiken veranschaulichen dies. Im Gros sind Interviewpersonen aus dem Bereich Freizeit offener gegenüber der Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Fluchtmigrationshintergrund oder Demenz als jene aus dem Bereich Arbeit.

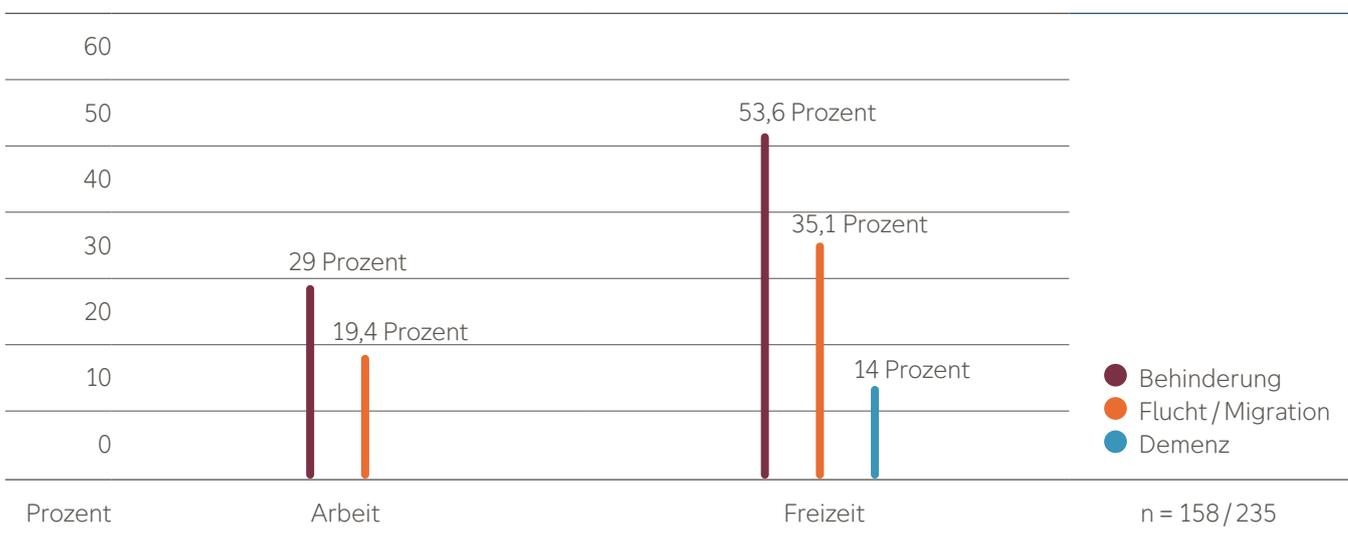
Der Anteil der untersuchten **Kindertagesstätten**, in die auch Kinder mit Fluchtmigrationshintergrund gehen, liegt bei 56,6 Prozent. Kinder mit Behinderung gibt es in 61,9 Prozent der Fälle.

Noch vor den Mobilitätsbeeinträchtigungen bilden dabei kognitive Beeinträchtigungen die häufigsten Behinderungsformen. Besonders selten kommen dagegen Seh- beziehungsweise Hörbehinderungen vor (2,5 Prozent / 5,8 Prozent). Der Anteil der untersuchten **Schulen**, in die auch Schüler*innen mit Fluchtmigrationshintergrund gehen, liegt sozialraumübergreifend

bei 88,4 Prozent, Schüler*innen mit Behinderung finden sich an 68,6 Prozent. Der durchschnittliche Anteil der jungen Menschen mit Behinderung an Schulen ist also etwas höher als an Kitas. In Schneverdingen sind junge Menschen mit Behinderung sogar an allen untersuchten Schulen vertreten. Der durchschnittliche Anteil der Schulen, die auch von Schüler*innen mit Sehbeeinträchtigung oder Blindheit besucht werden, liegt bei 6,7 Prozent und ist verglichen mit den übrigen Dimensionen der niedrigste. In durchschnittlich 45,1 Prozent besuchen jedoch hörbeeinträchtigte oder gehörlose Kinder die Schulen vor Ort.

Beim Querschnittsthema **Mobilität / Barrierefreiheit** zeigt sich, dass in allen Sozialräumen Bewusstsein für Teilhabebarrrieren herrscht und bereits entsprechende Veränderungen vorgenommen worden sind. Trotzdem stößt man überall noch auf Hindernisse. Dies hat sich vor allem im Handlungsfeld Wohnen bei den Sozialraumbegehungen gezeigt. Ein zentrales Problem besteht darin, dass barrierefreie Zugänge oft mit Sonderwegen verbunden sind. Dadurch entstehen zwar Teilhabemöglichkeiten, gleichzeitig werden aber Menschen, die diese Zugänge brauchen, in gewisser Weise „besondert“ und abhängig gemacht. Das ist die Zwiespältigkeit von Barrierefreiheit: Durch explizite Hinweise auf sie wird sie zu etwas, das Distanz schafft. Die Zugangsthematik veranschaulicht außerdem, wie häufig Barrierefreiheit mit „rollstuhlgerecht“ gleichgesetzt wird.

Teilhabe von Menschen mit Unterstützungsbedarf nach Handlungsfeld



Einstellung gegenüber einer Teilhabe bestimmter Menschen mit Unterstützungsbedarf

	voll ablehnend	teilweise ablehnend	(noch) zurückhaltend	offen
Arbeit (ø)	16,8 Prozent	52,7 Prozent	18,8 Prozent	11,6 Prozent
Freizeit (ø)	5,6 Prozent	29,2 Prozent	38,1 Prozent	27,2 Prozent

2.3 Einzelfallauswertung

Ebene 3

Die Wissenschaft beleuchtet die subjektive Perspektive derjenigen, die vor Ort von Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind. Dazu spricht sie einerseits mit Menschen, die in den Modellkommunen als Zielgruppen definiert sind (**Adressat*innen**). Gleichzeitig führt sie Gespräche mit **Selbstvertreter*innen**. Sie gehören ebenfalls zu den Zielgruppen, repräsentieren diese aber darüber hinaus auch offiziell. Sie setzen sich in der Kommune aktiv für ihre jeweilige Gruppe ein. Zum Beispiel als Vorsitzende*r eines Selbsthilfeverbands. In der ersten Phase führten die Wissenschaftler*innen 70 Interviews, wobei sie 54 Adressat*innen und 16 Selbstvertreter*innen erreicht haben.

Eine Herausforderung für **gehörlose Menschen** besteht im Mangel an Dolmetscher*innen, der zu langen Vorlaufzeiten für die Organisation von Terminen führt. Dieses Problem zeigt sich in vielen Lebensbereichen. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist besonders erschwert. Die interviewten Gehörlosen weisen darauf hin, dass das Bereithalten von Dolmetscher*innen etwa bei öffentlichen Veranstaltungen spontaneres Handeln ermöglichen würde. Ihr Inklusionsverständnis ist einerseits geprägt durch den Wunsch nach einem Zusammenleben von hörenden und nichthörenden Menschen, andererseits durch die Zugehörigkeit zur stark unter sich bleibenden Gehörlosen-Community. Es ist wichtig, zwischen verschiedenen Hörschädigungen zu unterscheiden, da jede ganz eigene Bedürfnisse mit sich bringt. Die Wahrnehmung und Kommunikation vollständig Gehörloser gestaltet sich vor allem visuell.

Schwerhörige Menschen lassen sich entsprechend nicht mit gehörlosen Menschen gleichsetzen. Viele von ihnen kritisieren, dass Induktionsschleifen zwar verbreitet, aber noch kein Standard sind. Ihre Nutzung scheitert oft an fehlendem Wissen darüber, wo sie

zu finden seien. Die Schwerhörigen wünschen sich deshalb, Informationen über entsprechend barrierefrei gestaltete Veranstaltungsräume gezielt an sie als Nutzende weiterzugeben. Wie bei den Gehörlosen so scheint sich auch bei ihnen ein relativ starker Schließungsprozess im Hinblick auf die restliche Stadtgesellschaft zu vollziehen. Sie nutzen zwar die Möglichkeiten offener Veranstaltungen, haben jedoch ein großes Bedürfnis, ihre Zeit mit Menschen ähnlicher Erfahrungen und kommunikativer Fähigkeiten zu verbringen. Dieser mit der Sehnsucht nach Gleichgesinnten erklärbar Vorgang darf nicht als bewusstes Sich-Verschließen missverstanden werden.

Menschen mit Lernschwierigkeiten wollen sich gesellschaftlich integrieren. Allerdings macht ihnen gerade die vermeintlich offene Freizeitgestaltung häufig einen Strich durch die Rechnung. Zwar nehmen die meisten von ihnen gerne an entsprechenden Aktivitäten teil, viele davon sind jedoch durch einen Leistungserbringer organisiert, wodurch die Menschen mit Lernschwierigkeiten in der Regel die einzigen Teilnehmenden bleiben. Selten gelingt es, die Angebote zu öffnen und für andere Personen im Sozialraum attraktiv zu machen. Zudem verfügen die Menschen mit Lernschwierigkeiten nur über begrenzte finanzielle Mittel für ihre Freizeitgestaltung. Viele sind deshalb abhängig von subventionierten Angeboten. Das Thema Abhängigkeit spielt auch beim Mobilsein eine Rolle: Menschen mit Lernschwierigkeiten sind oft auf andere angewiesen, möchten sie sich in der Kommune bewegen. Besonders, wenn sie zusätzlich eine Sinnes- oder Körperbehinderung haben. Ihr soziales Netzwerk ist meist überschaubar und beschränkt sich auf Angehörige und Mitarbeiter*innen von Leistungserbringern. Daneben deuten einige von ihnen an, dass sie in Heimen früher Gewalt erlebt haben. Das gilt vor allem für ältere Menschen.

Eine zentrale Herausforderung für **Menschen mit seelischer oder psychischer Beeinträchtigung** bildet der offene Umgang mit ihrer Erkrankung.

Daneben sprechen sie das Abbrechen sozialer Kontakte, Suchtverhalten, zeitweilige Wohnungslosigkeit und finanzielle Schwierigkeiten an.

Menschen mit Flucht- und / oder Migrationserfahrung erzählen von Gewalt, Diskriminierung, Ausbeutung und Ausnutzung. Nicht nur der erste Schritt des Kennenlernens in Deutschland gestaltete sich oft schwierig, auch deutsch zu sprechen sei mühsam und anstrengend. Generell können viele nur bedingt lesen und schreiben. Anforderungen wie Sprachkurse, Integrationskurse und die Kommunikation mit Behörden belasten sie folglich stark. Viele Befragte sehnen sich nach einer Arbeitsstelle sowie geeignetem und bezahlbarem Wohnraum. Es kristallisiert sich außerdem heraus, dass geflüchtete oder migrierte Menschen den Begriff „Inklusion“ meist mit Behinderung verbinden, während sie für sich den Begriff „Integration“ als relevant betrachten. Hieraus entstehen Missverständnisse hinsichtlich Kommune Inklusiv. Viele Menschen aus der Zielgruppe fühlen sich von der Initiative teilweise gar nicht angesprochen.

Die Gruppe der **Senior*innen** ist sehr heterogen. Zu ihr gehören ältere Menschen mit Behinderung, Werkstatthintergrund sowie einsame oder von Vereinsamung bedrohte ältere Menschen. Barrierefreiheit und Mobilität bilden übergreifend das wohl wichtigste Thema für sie. Neben der großen Problematik der Vereinsamung fällt außerdem häufig die Frage nach der Anerkennung von Pflegestufen.

Befragte **Kinder und Jugendliche** mit Beeinträchtigungen, egal ob körperlicher, geistiger oder seelischer Art, sehen ihre Lebenssituation sehr positiv. Den Begriff „Inklusion“ kennen sie häufig nicht. Wichtige Themen sind für sie vor allem das Internet und die Sozialen Medien. Als Herausforderung taucht auf, dass bestimmte Bedarfe Wohnortwechsel verlangen, um eine Schule zu besuchen, oder die jungen Menschen weit dafür fahren müssen. Dies verschärft sich oft mit dem weiteren Bildungsweg.

2.4 Bundesweite Inklusionsbefragung

Die Befragung „Einstellung(en) zu Inklusion“ ist eine umfassende Einstellungsmessung zu Inklusion innerhalb der deutschen Gesamtbevölkerung. Sie wurde 2018 mithilfe eines Online-Fragebogens durchgeführt und liefert – als Referenzrahmen für die Untersuchungen der Ebenen 1, 2 und 3 – ein bundesweites Stimmungsbild, wie sich die Menschen zu Inklusion verhalten und welche Ideen, Ansprüche und Ängste sie mit ihr verbinden.

Für die Erhebung wurde ein externes Marktforschungsinstitut beauftragt. Es führte die Befragung hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildung und Region bevölkerungsrepräsentativ durch. Die 3.695 auswertbaren Datensätze verteilen sich jeweils zur Hälfte auf Frauen und Männer. Das Alter der durchschnittlichen Befragten liegt bei 49 Jahren. 12 Prozent aller Teilnehmenden haben Migrationshintergrund, 43 Prozent sind angestellt, 26 Prozent im Ruhestand. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten ist regelmäßig mit Menschen mit Behinderung zusammen (47 Prozent).

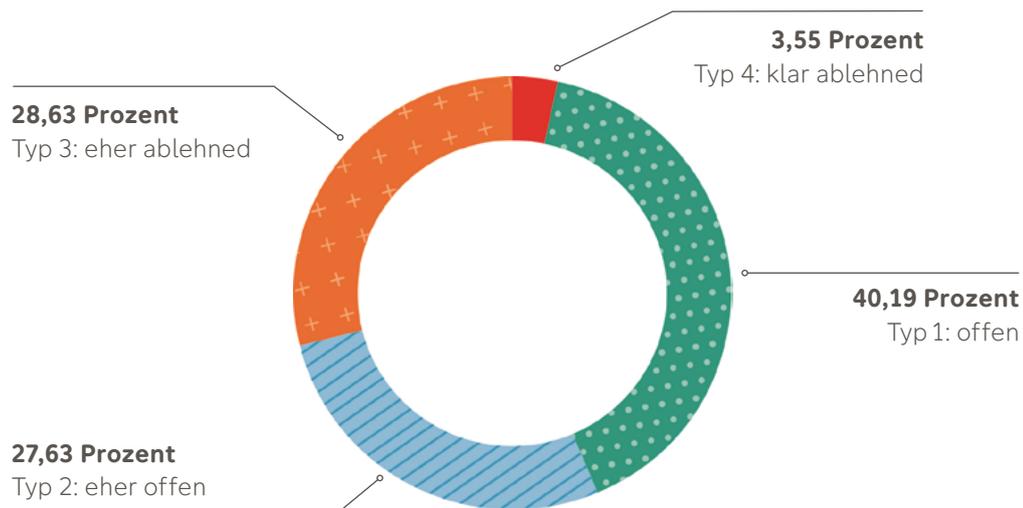
Das Kreisdiagramm zeigt die Verteilung der Befragten auf vier unterschiedliche ermittelte **Einstellungstypen**. Sie zeichnen sich durch verschieden stark ausgeprägte Zustimmungsggrade zu Inklusion aus:

- **Typ 1:** offen → hohe Zustimmung zu Inklusion
- **Typ 2:** eher offen → höhere Zustimmung zu Inklusion
- **Typ 3:** eher ablehnend → mittlere Zustimmung zu Inklusion
- **Typ 4:** klar ablehnend → niedrige Zustimmung zu Inklusion

Wie hoch die Zustimmung der einzelnen Cluster durchschnittlich in Bezug auf Wohnen, Arbeit und Freizeit ausfällt, ist der oberen Tabelle auf der nächsten Seite zu entnehmen. Die Befragten sind durchweg eher positiv gegenüber Inklusion eingestellt, wobei abermals die besonders günstigen Bedingungen von Freizeitaktivitäten hervortreten.

Sogar die eher oder klar Ablehnenden erreichen in diesem Bereich Zustimmungsggrade von über 50 beziehungsweise rund 30 Prozent. Grundsätzlich gibt es in allen Lebensbereichen inklusives Potenzial.

Verteilung der Befragten auf die unterschiedlichen Einstellungstypen



Insgesamt zeigt sich, dass ein **großer Teil der Befragten offen beziehungsweise positiv gegenüber Inklusion eingestellt ist**. Die Anzahl derer, die Inklusion ablehnen, fällt sehr niedrig aus: 40 Prozent und damit die meisten gehören dem inklusionsoffenen Typen 1 an, ein nur sehr geringer Anteil dem klar ablehnenden vierten Typen (3,55 Prozent). Dem hohen Anteil, der sich aufgeschlossen gegenüber Inklusion zeigt, steht allerdings ein noch größerer Anteil gegenüber, der sich nicht richtig entscheiden kann. Inklusion scheint zwar etwas zu sein, das in der Breite befürwortet wird, die vergleichsweise hohen Werte bei den Typen 2 und 3 zeigen aber auch, dass die Einstellung innerhalb der Bevölkerung noch nicht gefestigt ist. Beide Gruppen machen zusammen über die Hälfte aller Befragten aus (56,26 Prozent). Diese beiden Lager prägen die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu Inklusion.

Die untere Tabelle beschreibt die Zustimmung der vier Einstellungstypen zu den übergeordneten Thesen. Aus den Daten kann man schließen, dass sich

viele Befragte schon mit Inklusion befasst haben. Das **Thema ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen**, und die Menschen setzen sich damit auseinander – unabhängig davon, wie sie Inklusion gegenüber eingestellt sind. Ein Interesse führt dabei meistens, aber nicht immer zu einer offenen Haltung. Zentral für eine positive Einstellung ist die Frage, ob Inklusion als persönliches Anliegen betrachtet wird. Dabei geht eine positive Einstellung zu Inklusion nicht zwingend mit Handlungsbereitschaft einher. Die Zustimmung unter den Befragten sinkt nämlich, wenn es um die Umsetzung von Inklusion geht und nicht mehr „nur“ um Interesse oder die thematische Beschäftigung. Sobald es nötig wird, zu handeln und Dinge wirklich zu verändern, scheinen viele Menschen zurückzuschrecken. Die bundesweite Inklusionsbefragung lässt sich deshalb als **klarer Handlungsauftrag** verstehen. Dabei birgt der **Lebensbereich Freizeit ein besonderes Potenzial für Begegnung**. Hier positionieren sich die Teilnehmer*innen Inklusion gegenüber deutlich aufgeschlossener als in Bildungs- oder Arbeitskontexten.

Durchschnittlicher Zustimmungswert zu Inklusion nach Handlungsfeld

	Cluster 1: offen	Cluster 2: eher offen	Cluster 3: eher ablehnend	Cluster 4: klar ablehnend
Wohnen	88,15 Prozent	67,12 Prozent	51,04 Prozent	27,21 Prozent
Arbeit	87,87 Prozent	66,16 Prozent	49,64 Prozent	22,09 Prozent
Freizeit	90,63 Prozent	72,92 Prozent	51,05 Prozent	29,33 Prozent

Zustimmungswert zu den übergeordneten Thesen nach Einstellungstyp

	Typ 1: offen	Typ 2: eher offen	Typ 3: eher ablehnend	Typ 4: klar ablehnend
Ich interessiere mich für das Thema Inklusion.	66,84 Prozent	46,23 Prozent	31,57 Prozent	17,81 Prozent
Ich habe mich bereits mit dem Thema Inklusion auseinandergesetzt.	56,04 Prozent	40,24 Prozent	34,63 Prozent	39,44 Prozent
Die Umsetzung von Inklusion ist mir ein persönliches Anliegen.	57,13 Prozent	35,37 Prozent	29,74 Prozent	3,82 Prozent
Ich wäre bereit, eine höhere Steuerlast zu tragen, um Inklusion in Deutschland möglich zu machen.	44,87 Prozent	28,52 Prozent	25,30 Prozent	1,65 Prozent

3. Abschließende Einordnung

Enges Verständnis von Barrierefreiheit

Insbesondere bei der Sozialraumanalyse (Ebene 2) ist die Frage nach Barrierefreiheit zentral. Das Sozialraum-Monitoring und die Handlungsfeld-Untersuchungen ergeben, dass in der Gesellschaft ein eher eindimensionales und auf Mobilität verkürztes Verständnis von Barrierefreiheit vorherrscht. Barrierefrei scheint oft ein Synonym für rollstuhlgeeignet zu sein. Dem geschuldet werden Hindernisse auch primär in Bezug auf Mobilitätseinschränkungen abgebaut. Andere Bedarfe hingegen, wie es sie in den Bereichen Sehen, Hören, Lesen / Verstehen oder Fremdsprachen gibt, geraten oftmals aus dem Blick. Barrierefreiheit ist vielschichtig und sollte entsprechend mehrdimensional abgewogen werden. Zumal sie nicht nur für Menschen mit Unterstützungsbedarfen bedeutsam ist, sondern allen zugutekommt. Letztendlich kann jede*r im Laufe des Lebens in die Situation beschränkter Teilhabe geraten, allein im Zuge des Älterwerdens. Daher bildet das Thema Barrierefreiheit ein verbindendes Element und kann dazu beitragen, Inklusion als persönliches Anliegen zu erfahren.

Inklusion als Anliegen verändert die Einstellung

Die bundesweite Inklusionsbefragung ergibt, dass je mehr das Thema Inklusion jemandem persönlich bedeutet, desto positiver auch die individuelle Einstellung hierzu ausfällt. Fühlt sich ein Mensch von Inklusion angesprochen, betrachtet sie als persönliches Anliegen und gesamtgesellschaftliche Aufgabe zugleich, hat er oder sie insgesamt eine positivere Haltung und eine höhere Handlungsbereitschaft. Dies zeigt sich auch an dem hier nicht näher beschriebenen Teilergebnis, dass die Zustimmung zu Inklusion mit dem Alter steigt. Erklären lässt sich dies dadurch, dass je älter Menschen werden, sich auch die Chance erhöht, dass sie selbst einen Unterstützungsbedarf entwickeln oder in Kontakt zu solchen Menschen kommen. Auch Kontakt zu Menschen mit Lernschwierigkeiten wirkt sich positiv auf die Einstellung zu Inklusion aus.

Begegnung und Kontaktmöglichkeiten in der Freizeit

Regelmäßiger persönlicher Kontakt hilft, gegenseitige Vorbehalte und Ängste abzubauen, wodurch wiederum Teilhabebarrrieren schwinden. Im Bereich Freizeit zeigt sich das besonders deutlich. Laut den Handlungsfeld-Untersuchungen (Ebene 2) schätzen die Interviewten die Möglichkeit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Menschen mit Flucht-migrationshintergrund und Menschen mit Demenz im Bereich Freizeit deutlich höher ein als etwa im Handlungsfeld Arbeit. Hier ist es in besonderem Maße möglich, Teilhabebarrrieren zu beseitigen, Begegnung zu schaffen oder Einsamkeit zu überwinden. Die Menschen bewegen sich mehr auf Augenhöhe miteinander. Dass Begegnung enorm wichtig ist, ergeben die Untersuchungen aller drei Ebenen sowie die bundesweite Inklusionsbefragung. Bei letzterer ist Freizeit der Bereich, in dem sich die Teilnehmer*innen am positivsten zu Inklusion positionieren. Trotz des enormen Potenzials von Freizeitaktivitäten sollten die Lebensbereiche Arbeit und Wohnen nicht vernachlässigt werden. Zwar zeigt die Inklusionsbefragung, dass die Befragten Inklusion in Arbeits- und Wohnkontexten durchwachsener sehen als im Bereich Freizeit, gerade das bedeutet aber, dass hier gehandelt werden darf.

Lernschwierigkeiten bringen Ausschluss mit sich

Sowohl die Analyse der Sozialräume (Ebene 2) als auch die Einzelfallstudien (Ebene 3) zeigen, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten verstärkt von Ausschluss bedroht oder betroffen sind. Ihre Teilhabe wird zum einen dadurch verhindert, dass es oft niemanden gibt, der sie zu bestimmten Angeboten begleitet. Zum anderen ist neben Wohn- und Arbeitsangeboten eine Vielzahl ihrer Freizeitaktivitäten einrichtungsbezogen organisiert. Selten bewegen sie sich außerhalb. Vor allem die bei den Einzelfallstudien interviewten Menschen mit Lernschwierigkeiten empfinden den hieraus entstehenden Ausschluss als teilweise sehr stark. Laut der deutschlandweiten Inklusionsbefragung haben viele Teilnehmer*innen keinen regelmäßigen Kontakt zu ihnen. Ein zentrales

Handlungsfeld könnte daher sein, Menschen mit Lernschwierigkeiten den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zu ermöglichen und Assistenzen bereitzustellen, damit sie diese Beziehungen pflegen und erhalten können. Auf Ebene 3 wünschen sich Selbstvertreter*innen mit Lernschwierigkeiten ebenso wie einige (adressierte) Menschen mit Lernschwierigkeiten, dass gesellschaftlich mehr Leichte Sprache verwendet wird. Dieser wohnt zwar einerseits ein ausschließendes Moment inne, das zur Teilhabebarriere werden kann, ermöglicht jedoch gleichzeitig Empowerment und Selbstermächtigung.

Was heißt Inklusion?

Inklusion wird in der Mehrheitsgesellschaft häufig zu eng gefasst. Die öffentliche Debatte beschränkt den Begriff entweder auf den Bereich Bildung, bezieht ihn auf die Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder kombiniert diese beiden dominierenden Ansichten: Inklusion gilt dann als gemeinsamer Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung. Die Einzelfallstudien (Ebene 3) bestätigen diese unscharfen Inklusionsverständnisse. Sie ergeben, dass nicht alle Menschen den Begriff Inklusion auf dieselbe Weise verstehen oder überhaupt kennen. Beim Themenkomplex Flucht und Migration ist zudem die Abgrenzung der Begriffe „Integration“ und „Inklusion“ schwierig. „Integration“ taucht im Zusammenhang mit Flucht und Migration auf, während „Inklusion“ als behinderungsspezifisches Thema gilt. Aus dieser Verwendung können Missverständnisse entstehen, sodass sich bestimmte Gruppen möglicherweise nicht von für sie gedachten Angeboten angesprochen fühlen. Im Rahmen der Einzelfalluntersuchungen tritt außerdem hervor, dass sich die Selbstvertretungen in ihrer Organisation und in ihrem gesellschaftlichen Einfluss erheblich unterscheiden. Vor allem bei Menschen mit Lernschwierigkeiten und Fluchtmigrationshintergrund ließe sich einiges verbessern.

Vorbehalte, Unsicherheiten und Ängste innerhalb der Mehrheitsgesellschaft

Die Sozialraumanalysen (Ebene 2) verweisen darauf, dass Menschen vor Ort teilweise gar nicht oder nur bedingt um Barrieren für Menschen mit Behinderung, Menschen mit Demenz oder Menschen mit Fluchtmigrationshintergrund wissen. Die Handlungsfeld-Untersuchungen zeigen, dass es oft negativ konnotierte Bilder bezüglich der Kategorie Behinderung gibt sowie Vorbehalte, Unsicherheit und Ängste gegenüber Inklusion. Die teilweise ambivalenten Haltungen im Rahmen der deutschlandweiten Inklusionsbefragung sowie die Tatsache, dass sich die meisten Befragten hinsichtlich ihrer Einstellung gegenüber Inklusion den unentschlossenen Typen 2 und 3 zuordnen lassen, sind ebenfalls Ausdruck einer gewissen Vorsicht oder Skepsis und zeugen von einem hohen Handlungsbedarf.

4. Ausblick

Die Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung sind zunächst noch eine Momentaufnahme. Zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung sind die Erhebungen bereits wieder weiter fortgeschritten und haben neue Ergebnisse zutage gebracht, die im Laufe der Zeit ausgewertet werden. An dieser Stelle seien die unmittelbar nächsten Schritte der Begleitforschung beschrieben:

- **Ebene 1:** Bis zum Abschluss von Kommune Inklusiv erstellen die Wissenschaftler*innen laufend Fragebögen, mit denen die Maßnahmen von den jeweiligen Teilnehmer*innen bewertet werden. In den kommenden Monaten liegt der Fokus auch auf den Folgeerhebungen. Diese sind im Oktober 2019 angelaufen und generieren immer mehr Rückläufe. Auch insgesamt ist auf Ebene 1 eine Zunahme der Rückläufe bemerkbar.
- **Ebene 2:** Das Sozialraum-Monitoring läuft bis zum Ende der Initiative durchgehend. Daneben wertet die Wissenschaft in den nächsten Monaten die zweite Welle der Handlungsfeld-Untersuchungen sowie die Haushaltsbefragungen im Rahmen des Sozialraum-Surveys aus. Die letzten Wellen der Handlungsfeld-Untersuchungen sowie der Haushaltsbefragungen finden im zweiten Halbjahr 2021 statt.
- **Ebene 3:** Ab April 2021 ist die zweite und abschließende Erhebungsphase geplant. Bis dahin pflegt die Wissenschaft den Kontakt mit ihren bisherigen Gesprächspartner*innen. Ziel ist es, die Befragung mit mindestens zwei Dritteln von ihnen fortzuführen, sowohl mit jenen aus den Zielgruppen als auch der Selbstvertretung. Hierfür werden in den nächsten Monaten besonders markante Fälle ausgewählt.

5. Weiterführende Informationen



Sie haben noch Fragen? Für weitere Informationen zum wissenschaftlichen Vorgehen können Sie sich an folgende Ansprechpartner*innen wenden:

Prof. Dr. Dieter Katzenbach

Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich Erziehungswissenschaften
Institut für Sonderpädagogik
Theodor-W.-Adorno-Platz 6
60323 Frankfurt am Main
d.katzenbach@em.uni-frankfurt.de

Prof. Dr. Hendrik Trescher

Philipps-Universität Marburg
Institut für Erziehungswissenschaften
Bunsenstraße 3
35032 Marburg
hendrik.trescher@uni-marburg.de

Aktion Mensch e.V.

Kommune Inklusiv
Heinemannstraße 36
53175 Bonn
Telefon: 0228 2092-234
kommune-inklusiv@aktion-mensch.de



Mehr Informationen
erhalten Sie unter
kommune-inklusiv.de



Stand: Dezember 2020

Aktion Mensch e.V.
Heinemannstr. 36
53175 Bonn
Telefon: 0228 2092-234
kommune-inklusiv@aktion-mensch.de